

Wie Russland seinen Einfluss in Syrien zurückgewinnen kann



Man kann darüber spekulieren, ob die neue syrische Führung türkische Marionetten sind. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Damaskus sich weigern wird, seine Abhängigkeit von Ankara zu verringern. Und dafür braucht es so viele externe Partner mit Ressourcen wie möglich.

Von Sergei Lebedew

06.02.2025

Die wichtigste Grundlage für die Zusammenarbeit Russlands mit den neuen syrischen Behörden ist die Entwicklung dieser Behörden hin zu einer zivilisierten Regierung, die radikale Ansichten hinter sich lässt und sich bei ihren Entscheidungen von der Rechtsstaatlichkeit leiten lässt. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, eröffnet dies Möglichkeiten für diplomatische Manöver. Doch selbst wenn Syrien ins Chaos abgleitet, hat Russland immer noch Trümpfe in der Hand, um seine Interessen zu schützen.

Ende Januar wurde bekannt, dass Russland und die neue syrische Regierung intensive diplomatische Kontakte unterhielten. Zunächst trafen der stellvertretende russische Außenminister Michail Bogdanow und der Sondergesandte des russischen Präsidenten für Syrien, Alexander Lawrentjew, in Damaskus ein, und anschließend traf Bogdanow mit dem syrischen Botschafter in Moskau zusammen. Obwohl die Pressemitteilungen des russischen Außenministeriums zum Thema Syrien bisher bewusst abstrakt gehalten wurden, kann man davon ausgehen, dass die Diplomaten über das Schicksal der russischen Militärstützpunkte und die Möglichkeit der Unterstützung beim Wiederaufbau Syriens sprachen.

Der Marinestützpunkt in Tartus und der Luftwaffenstützpunkt Hmeimim sind die wichtigsten Pfeiler der militärischen und politischen Präsenz Russlands in Syrien und eines der Instrumente zur Machtprojektion in der Region, die als Garantie für gute Beziehungen selbst zu den am stärksten westlich orientierten Akteuren im Nahen Osten wie der Türkei und Israel dienen. Als der israelische Premierminister Benjamin

Netanjahu beispielsweise erklären musste, warum sein Land keine Waffen an die Ukraine liefert, verwies er auf die russische Militärpräsenz in Syrien.

Trotz der offensichtlichen Anbiederung einiger westlicher Staaten benötigt die neue syrische Regierung, die eng mit dem islamischen Radikalismus verbunden ist, umfangreiche diplomatische Unterstützung. Dies eröffnet einen gewissen Spielraum für den Aufbau von Beziehungen zum beiderseitigen Nutzen, die es Russland ermöglichen würden, seine Stützpunkte zu behalten, und der neuen syrischen Regierung, sofern sie sich weiterentwickelt, die notwendige internationale Legitimität zu erlangen und möglicherweise die Abschaffung von internationalen schwarzen Listen gegen sie zu erreichen. Für den Fall, dass die neuen Behörden in Damaskus nicht kooperativ sein sollten (und natürlich, wenn es dafür rechtliche Gründe gibt), könnte Russland theoretisch auch erwägen, sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat zu nutzen, um die gegen Syrien unter Baschar al-Assad verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten.

Damaskus braucht nicht nur Legitimität, sondern auch Ressourcen für den Wiederaufbau des Landes. Und auch hier könnte Russland seine Dienste anbieten. Vor ein paar Jahren sagte Assad, dass für den Wiederaufbau Syriens etwa 400 Milliarden US-Dollar benötigt würden. Vor nicht allzu langer Zeit nannte der türkische Präsident Recep Erdogan einen ähnlichen Betrag – 500 Milliarden US-Dollar. Und es liegt auf der Hand, dass Ankara bei allem politischen Willen und Engagement ein Problem haben wird, dieses Projekt allein zu stemmen, ebenso wie andere Akteure im Nahen Osten. Damit öffnet sich ein Fenster der Möglichkeiten für Russland, das trotz seiner Verstrickung in die Ukraine-Krise nach wie vor sehr beachtlich ist. Die Tatsache, dass an dem Treffen in Damaskus auch der neue syrische Gesundheitsminister Maher al-Scharaa (Bruder des derzeitigen syrischen Staatschefs Ahmed al-Scharaa) teilnahm, deutet darauf hin, dass Damaskus nicht nur Geld, sondern auch Erfahrung (in diesem Fall im Gesundheitsmanagement) benötigt.

Offenbar erwägen die syrischen Behörden auch die Möglichkeit, russische Spezialisten ins Land zu holen, da sie Treibstoff und Rohstoffe benötigen. Dies wäre die einfachste Option für den Kreml, da sie nur minimale Ausgaben in harter Währung erfordern würde.

Eine ebenso einfache Option ist der Schuldenerlass für Damaskus. Nach Angaben der Weltbank entfallen rund 15 Prozent der syrischen Schulden auf Russland – mehr als auf Japan, das seit langem ein wichtiger internationaler Gläubiger ist, und mehr als auf Deutschland. Es scheint, dass ein Erlass dieser Schulden mehr bewirken würde als der Versuch, sie einzutreiben.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der oft vergessen wird, ist die Tatsache, dass fast jede Marionettenregierung danach strebt, zumindest teilweise unabhängig zu werden, denn die Politik ist ein universeller Mechanismus zur Auswahl ehrgeiziger und mächtiger Personen. Man kann darüber spekulieren, ob die neue syrische Führung türkische Marionetten sind. Damaskus wird sich aber wohl kaum weigern, seine Abhängigkeit von Ankara zu verringern. Und dafür brauchen sie so viele externe Partner mit Ressourcen wie möglich. Wenn man sich in der großen Politik auf eines verlassen kann, dann sind es die Machtambitionen der Kontrahenten.

Im Falle einer Verschärfung der internen politischen Widersprüche in Syrien selbst und des Abgleitens des Staates in eine Fortsetzung des Bürgerkriegs könnte Russland versuchen, dem US-amerikanischen Weg zu folgen, das heißt, eine bestimmte politisch-konfessionelle oder ethnisch-politische Gruppe auszuwählen und sie zu unterstützen. In diesem Fall liegt die Wahl auf der Hand – es handelt sich um die

Alawiten, einen ganz bestimmten Zweig des Schiismus, der allerdings unter Baschar al-Assad das politische Leben in Syrien kontrollierte (die Assads sind selbst Alawiten), dessen Anhänger nun aber ernsthaft um ihre Sicherheit fürchten. Außerdem sind die westlichen Regionen Syriens, nämlich Latakia und Tartus, wo sich russische Militärbasen befinden, alawitisch geprägt. Daher kann Russland im Falle eines wachsenden Chaos in Syrien – ein sehr wahrscheinliches Szenario angesichts der Besonderheiten der Region – immer versuchen, direkt mit den Alawiten zu verhandeln und die Zentralregierung zu umgehen. Dieses Szenario ist nicht das angenehmste oder wünschenswerteste, aber es ist nicht unwahrscheinlich.

Russland kann also der neuen syrischen Regierung helfen, ihre Legitimität zu erlangen (vorbehaltlich der Spielregeln), Ressourcen bereitstellen und als Gegengewicht zu anderen wichtigen Akteuren fungieren. Und wenn die Situation eskaliert, gibt es für Moskau auch die Möglichkeit für Verhandlungen mit den Machthabern der alawitischen Regionen.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 6. Februar 2025 zuerst auf der Webseite der Zeitung Wsgljad erschienen.

Sergei Lebedew ist ein russischer Politikwissenschaftler. Er ist Dozent an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Quelle: <https://de.rt.com>